

## **Frauenbeitrag**

### Für eine bewusste Wahlentscheidung

Es zeigt sich schnell, wenn man bei der Durchsicht der Parteiprogramme Suchbegriffe wie Gleichstellung, Minijob, Rückkehrrecht auf Vollzeit oder Ganztagsbetreuung in den Computer eingibt: Wer Familien, Frauen und Gleichstellung politisch voranbringen will, muss eine bewusste Wahlentscheidung treffen.

Künftig wird es sechs Parteien im Bundestag geben, für Frauen in Deutschland bietet das wenig Zuversicht. So propagiert eine kleine Partei den Rückschritt zu Familienmodellen der frühen Fünfziger-Jahre und diffamiert „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ als ideologische Propaganda, für die kein Geld auszugeben sei. Von einer anderen Partei aus gesehen soll Altersarmut für Frauen mit einer Anpassung der Rentenhöhe an die Lebenserwartung vermieden werden. Ach, das geht so nicht? Richtig! Um es kurz zu machen: Aus Frauensicht ist jede Stimme für eine demokratische Partei die bessere Wahl. Je mehr Wahlberechtigte tatsächlich wählen, desto geringer wird der prozentuale Einfluss von Rechtspopulisten. Aber wir müssen auch in die Einzelheiten einsteigen.

#### Drei Kernforderungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Die SoVD-Frauen haben in die Kernforderungen des SoVD zur Bundestagswahl 2017 drei Forderungen eingebracht: 1. Eigenständige Existenzsicherung: Frauen haben Anspruch auf gerechte Entlohnung und diskriminierungsfreie Aufstiegsmöglichkeiten, damit sie unabhängig von Dritten leben und für das Alter vorsorgen können. Die Basis dafür ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. 2. Alleinerziehende unterstützen: Sie haben das größte Armutsrisiko. Für sie ist die Integration in den ersten Arbeits-

markt unverzichtbar. Elterngeld und Unterhaltsleistungen dürfen nicht angerechnet werden. 3. Gute Arbeit ist möglich: Minijobregelungen und die Steuergesetzgebung behindern Frauen dabei, eine sozialversicherte und gut bezahlte Erwerbstätigkeit zu finden und aufzunehmen. Auch die Arbeit im Privathaushalt muss neu geregelt werden, um Schwarzarbeit und sozial ungeschützte Beschäftigung zu beenden. Die SoVD-Frauen setzen sich weiter entschlossen für Gleichstellung, Frauenförderung und eine gute Familienpolitik ein. Wählen Sie mit!



**Hannelore Buls**  
Mitglied im SoVD-  
Bundesfrauenausschuss

Studie zur Bewilligungspraxis: große Unterschiede zwischen den Kassen

## Rechtsansprüche durchsetzen

In einer Studie des IGES-Instituts (Institut für Gesundheits- und Sozialforschung) wurden die Leistungsbewilligung und -ablehnung durch die gesetzlichen Krankenkassen untersucht. Dabei traten deutliche Unterschiede zwischen den Kassen zutage. Außerdem fühlen sich die Patientinnen und Patienten nicht in allen Bereichen ausreichend informiert.

Für die Studie befragte das Institut Krankenkassen, Patientinnen und Patienten, Organisationen wie Patientenberatungsstellen sowie Expertinnen und Experten. Auch der SoVD war daran beteiligt. Außerdem flossen amtliche Statistiken und eine Rechtsprechungsanalyse in die Studie ein.

Nach den Ergebnissen wird ein Großteil der Anträge bei den Krankenkassen – pro Jahr mehr als 26 Millionen – bewilligt; einige allerdings erst nach einem Widerspruch des Mitgliedes. Laut der Studie war mehr als die Hälfte der Widersprüche ganz oder teilweise erfolgreich.

Bei den Bewilligungen schwankt die Quote in den verschiedenen Leistungsbe- reichen. Bei Vorsorge und Rehabilitation lehnten die Krankenkassen etwa 20 Prozent der Anträge ab, bei stationären Pflegeleistungen wie Kuren sogar mehr als ein Drittel. In anderen Bereichen wurden dagegen etwa 95 Prozent der Anträge bewilligt.

Gravierend sind dabei die Unterschiede in der Bewilligung zwischen den verschiedenen Krankenkassen. Nicht nur im Bereich Rehabilitation schwankten die Bewilligungszahlen stark, auch bei den Hilfsmitteln sind deutliche Unterschiede auszumachen. Je nach Krankenkasse lag die Ablehnungsquote dort zwischen 2,3 und 24,5 Prozent.



Foto: Robert Hoetink/fotolia

**Gerade bei Anträgen für Hilfsmittel schwanken die Bewilligungen durch die verschiedenen Krankenkassen sehr.**

Gerade im Versorgungsbe- reich und bei der medizinischen Versorgung für Mütter und Väter waren besonders viele Ablehnungen unbegründet. Drei Vierteln aller Widersprüche in diesem Bereich wurde stattgegeben.

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU, mittlerweile Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen), kritisierte dies bei der Vorstellung der Studie. Er sagte: „Die Krankenkassen dürfen erst gar nicht den Verdacht aufkommen lassen, dass sie bestimmte Leistungen zunächst einmal systematisch ablehnen, obwohl die Menschen einen klaren gesetzlichen Anspruch darauf haben. Das untergräbt massiv das Vertrauen in die Krankenkassen.“ Die

großen Unterschiede zwischen den Krankenkassen seien nicht nachvollziehbar und müssten abgestellt werden.

Außerdem forderte Laumann mehr Transparenz und Auskunftspflichten bei den Kassen. Über Leistungsbeantragungen und Widerspruchsverfahren seien die Versicherten nicht im ausreichenden Maße informiert.

Dies geht auch aus der Studie hervor. Mehr als die Hälfte der befragten Personen gab dabei an, von der Krankenkasse nicht ausführlich und nachvollziehbar über die Ablehnung ihres Antrages informiert worden zu sein.

Der SoVD wird die Bewilligungspraxis der gesetzlichen Krankenkassen weiterhin kritisch begleiten.

## **Personalie** **Rheinland-Pfalz / Saarland**



**Karin Oswald** feiert am 21. September ihren 80. Geburtstag. Oswald war von 1995 bis 2015 2. Landesvorsitzende des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein. Auch im SoVD-Bundesvorstand war sie 20 Jahre lang. In den Verband trat Karin Oswald 1977 ein. Auch heute ist sie noch im Landesvorstand aktiv.

## Netzwerk zur Vertretung Benachteiligter

Der SoVD-Ortsverband Worms-Alzey feierte am 19. August das 100-jährige Bestehen des SoVD mit dem Ministerpräsidenten a. D. Kurt Beck. Mit Kurt Beck hatte der Ortsverband gleichzeitig auch den Präsidenten der Friedrich-Ebert-Stiftung gewinnen können.

Friedrich Ebert, erster Reichspräsident von 1919 bis zu seinem Tode am 28. Februar 1925, und Erich Kuttner, Gründer des Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, heute SoVD, waren Weggefährten. Unter anderem zum Aufbau der Weimarer Republik trugen sie wesentlich bei.

Kurt Beck gab in seiner Festansprache einen Rückblick vom 23. Mai 1917 bis zur Gegenwart. Er richtete aber auch den Blick nach vorne. Wenn der SoVD in

der Zukunft so gut arbeite wie in der Vergangenheit, sei ihm nicht bange um den Sozialstaat und die Demokratie, so Beck. „Der SoVD hat immer auf der richtigen Seite gestanden.“

Dem SoVD in Worms-Alzey gratulierten auch Oberbürgermeister Michael Kissel, Landrat Ernst Walter Görisch, Sozialdezernent Waldemar Herder, die Europaabgeordnete Jutta Steinruck (SPD), die Bundestagsabgeordneten Jan Metzler (CDU), Marcus Held (SPD) und

die Landtagsabgeordneten Katrin Anklam Trapp, Jens Guth (beide SPD) und Adolf Kessel (CDU). Die befreundeten Organisationen AWO, ASB, DGB und Naturfreunde waren ebenfalls zugegen und gratulierten. „Unser Netzwerk in der Region funktioniert hervorragend und ist ein Garant für die Vertretung benachteiligter Menschen“, waren sich alle einig und bestätigten dem SoVD, im politischen Bereich eine führende Rolle zu haben.



**Kurt Beck hielt die Festrede. Er ist selbst SoVD-Mitglied.**